

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeordnet
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

20. Januar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstags 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Marx verzichtet.

Die Volkspartei verhindert die Regierungsbildung.

Amlich wird gemeldet: In Fortführung der auf die Bildung einer Regierung der Mitte gerichteten Bemühungen hatte Reichskanzler Dr. Marx heute vormittag eine neue eingehende Aussprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, dem Abg. Dr. Scholz. Mittags berichtete Reichskanzler Dr. Marx dem Reichspräsidenten über das Ergebnis seiner bisherigen Sondierungen. Angesichts der Widerstände, auf die er bei diesen Bemühungen um eine Reichsregierung der Mitte gestoßen ist, legte Reichskanzler Dr. Marx den ihm gewordenen Auftrag in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurück. Der Reichspräsident hat sich weitere Entschlüsse vorbehalten.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion tritt um 3 1/2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen.

Die Unterredung zwischen Dr. Marx und dem Vorsitzenden der Volkspartei, Dr. Scholz, hat sich, wie im Reichstag bekannt wurde, so abgepielt, daß Dr. Scholz mit der größten Entschiedenheit erklärte, die Volkspartei wolle jetzt nicht eine Regierung der Mitte, sondern eine Regierung mit den Deutschnationalen, worauf Dr. Marx erwiderte, der ihm vom Reichspräsidenten erteilte Auftrag gehe dahin, in der Richtung auf eine Regierung der Mitte zu sondieren. Zeige sich, daß eine solche Regierung der Mitte nicht möglich sei, so sei sein Auftrag damit erledigt.

Die Regierung der Mitte ist also zunächst an dem Widerstand der Volkspartei gescheitert, wie zuvor die große Koalition an ihm gescheitert ist. Die Sozialdemokratische Partei ist bis an die Grenze der Selbstverleugung gegangen, um die republikanischen und sozialpolitisch fortgeschrittenen Elemente innerhalb der bisherigen Regierungskoalition der Mitte zu unterstützen. Aber diese Unterstützung wurde aufgewogen durch den entschiedenen Willen der Volkspartei, unter allen Umständen eine Regierung zustande zu bringen, in der die Sozialdemokraten weder direkt noch indirekt Einfluß ausüben können und den Bürgerblock zu verwickeln.

Der Reichspräsident hat sich seine weitere Entscheidung vorbehalten. Wenn es richtig ist, daß er nicht beabsichtigt, eine Reichsregierung zu ernennen, und diese mit der Auflösungsorder in der Tasche vor den Reichstag treten zu lassen, dann werden neue Verhandlungen mit dem Zentrum ausgenommen werden müssen über die Frage, ob es nunmehr bereit sei, eine Reichsregierung in irgendeiner Form zu tolerieren. Sollte das Zentrum dazu nicht bereit sein, so bliebe wiederum nur die Auflösung übrig.

Ist das offiziös?

Drohungen gegen den Korrespondenten des „Manchester Guardian“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die bekanntlich vom Auswärtigen Amt ausgehalten wird, veröffentlicht einen aufgeregten Artikel gegen den Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“. Dieser hatte seinem Blatt gemeldet, „Reichspräsident v. Hindenburg übe einen bestimmten und nachhaltigen Einfluß aus, der sich in einer die Republik lebenswichtig berührenden Frage und in einer an das Unkonstitutionelle grenzenden Weise geäußert habe, und Außenminister Dr. Stresemann sei nicht abgeneigt, mit den Nationalisten zusammenzuarbeiten, selbst auf die Gefahr eines Beschlusses in der deutschen Außenpolitik, so daß sein Verbleiben im Amt nicht an sich eine Bürgerhaft dafür ist, daß die Locarno-Politik konsequent fortgesetzt wird“.

Dazu schreibt die „DZ“: Wir halten es für unter unserer Würde, uns mit dem Berliner Vertreter eines ausländischen Blattes darüber zu unterhalten, ob der Reichspräsident konstitutionell handelt oder nicht, und es zeugt für die Toleranz der preussischen Behörden, wenn von dem Vertreter eines ausländischen Blattes etwas derartiges gegenüber dem Oberhaupt des Staates ausgesprochen werden kann.

Wir haben den beanstandeten Auslassungen gesehnen und müssen feststellen, daß es eine vollständige Knebelung der auswärtigen Korrespondenten bedeuten würde, wenn wegen eines solchen Artikels irgendwelche Repressalien geübt würden. Schon die Drohung mit ihnen ist ein öffentlicher Skandal, zumal man — zum mindesten in Kreisen der ausländischen Presse — die Ausföhrung der „DZ“ als vom Auswärtigen Amt inspiriert betrachtet wird.

Slowaken und Tschechen.

Reaktionärer Kurs in der Tschechoslowakei.

Prag, 18. Januar.

In den Prager Hauptstraßen bemühen sich Polizisten, die Bevölkerung zum Linksgehen zu erziehen. Dieser erzwungene Linkskurs der Strafengänger in Prag ist der einzige im öffentlichen Leben der Tschechoslowakei, — in der Wirtschaft und in der Politik geht der Kurs nach rechts.

Der Eintritt der Slowaken in die Regierung verstärkt den Rechtskurs in der Politik; er ist die Vollendung des Zusammenschlusses aller reaktionären Parteien. Denn die Slowakische Volkspartei, die vom Vater Hlinka geführt wird, ist eine hierarchische, stöckreaktionäre Partei, Trägerin und zugleich Hüterin der hierarchisch-nationalen Bewegung in der Slowakei, die sich auf die Motten der kulturell rückständigen, vielfach noch tief im Aberglauben stehenden slowakischen Bauern, Kleinbauern und Landarbeiter stützt, diese völlig beherrscht und so klug und geschickt die magyarische Erbschaft ausnützt. Denn die kulturellen Rückständigkeit großer Schichten der Slowaken ist die Folge der magyarischen Unterdrückung, die zwar die Slowaken nicht entnationalisiert, wohl aber ihnen den Aufstieg zur Kultur wehren konnte.

Präsident Masaryk hatte am 30. Mai 1918, zu einer Zeit, da in der Slowakei von einer revolutionären Bewegung noch kaum etwas zu merken war, in Pittsburg mit dem amerikanischen Slowaken einen Vertrag geschlossen, der die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Slowaken und die Stellung der Slowaken in dem zu schaffenden neuen Staate der beiden eng verwandten Nationen regelte. Dieser Vertrag bestimmte: „Die Slowakei wird eigene Verwaltung, eigenes Parlament, eigene Gerichte haben, die slowakische Sprache wird die Amtssprache sein.“

Dieser Vertrag wurde natürlich nach dem Siege der tschechischen Revolution nicht eingehalten. Die Tschechen erhofften die Eingliederung der Slowaken in das tschechische Volk, das Aufgehen in ihm, und fürchteten, die Autonomie werde die Wiederlösung der Slowakei vom Staate anbahnen. Außerdem wäre die Gewährung der Autonomie an eine Nation bedenklicher Ansporn für die anderen Völker geworden, ihren Kampf um die Selbstverwaltung zu verschärfen. Der Pittsburg-Vertrag aber wurde zur Charta der slowakischen Nationalisten, nachdem sie sich im Jahre 1921 von der tschechischen (hierarchischen) Volkspartei, der sie bisher angehörten, abgetrennt hatten.

Die Slowaken dachten aber nie an eine nationale Autonomie, die z. B. auch den in der Slowakei lebenden Magyaren die Selbstverwaltung gewährt hätte, sondern nur an eine Länderautonomie. Sie wollten in der Slowakei unbehindert vom Prager Zentralismus herrschen können. Die Schwierigkeit der Bildung einer festen Mehrheit im Prager Parliamente machte die Slowakische Volkspartei zu einer diekworbenen, sehr rückfichtsvoll behandelten Oppositionspartei, deren dauernde Eingliederung mit Zugeständnissen an ihre Autonomieforderungen erkauft werden mußte.

Das Ausmaß dieser Zugeständnisse ist noch nicht bekannt. Das Ministerium für die Slowakei, das eine Expositur des Prager Zentralismus war, wird liquidiert werden. Die völlige Autonomie der Slowakei, so wie sie der Pittsburg-Vertrag vorsieht, wurde nicht erreicht. Die Slowaken durften ihre Forderungen im Augenblick nicht überspannen, weil auch die allzeit getreuen tschechischen Nationalsozialisten zum Eintritt in die Mehrheit bereit waren. Aber sie können wohl mit dem Erreichten zufrieden sein. Wahrscheinlich kommt es doch zu einer Erneuerung der alten Ländervertretungen, dann bekäme die Slowakei — allerdings auch die sogenannten historischen Länder (Böhmen, Mähren und Schlesien) — einen Landtag, eine Landesregierung, und das wichtigste Ziel der „Volkspartei“, die Beherrschung der Slowakei, wäre damit erreicht.

Die allgemeine Wiedereinführung der Landtage und Landesregierungen — man kann sich nicht gut auf die Schaffung einer solchen Verfassung für die Slowakei allein beschränken — wäre ein gewaltiger Schritt auf dem Wege der politischen Rückwärtsentwicklung. Als Verwaltungskörperschaften wären die Länder Böhmen und Mähren unübersichtlich groß, zugleich aber würde damit ein neuer Schlag gegen die Autonomiebestrebungen der Deutschen geführt. Denn wieder ständen sie in allen diesen Landtagen der tschechischen Mehrheit als hoffnungslose Minderheiten gegenüber, blieben alle ihre kulturellen Ansehlichkeiten der Gnade oder Ungnade, dem Wohl- oder Uebelwollen der Tschechen überantwortet. Kein Lebensgebiet bliebe, auf dem sie als Deutsche zur Geltung kommen können. Und die Hoffnung auf Erlangung der nationalen Autonomie würde mit der Einführung dieser Rückwärtsreform der Verwaltung in weite Ferne gerückt.

Die Arbeiter haben natürlich von einer solchen Verwaltungsreform, die sogar mit dem Gedanken der Ernennung eines Teiles der Mitglieder der Ländervertretungen rechnet und die tatsächliche Verwaltung der Bureaukratie in die Hände legen würde, gar nichts zu erhoffen. Von der Schließung des Ringes aller reaktionären Parteien aber haben sie nur schüme zu erwarten. Das wirtschaftliche und soziale Programm der nun in die Regierung eingetretenen Slowakischen Volkspartei wird gekennzeichnet durch die Erklärung ihres Führers Hlinka, zur Be-

Briand erwartet Räumungsantrag.

Er spricht nicht von neuen deutschen Leistungen, sondern von Garantien.

Paris, 20. Januar. (WZ.) Ueber die Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten verbreitet Handas folgende Mitteilung: Der größte Teil des Berichtes von Briand war der französisch-deutschen Politik gewidmet. Vor allem legte Briand Wert darauf, festzustellen, daß vollständigste Einigkeit der Regierung in allen Fragen der Außenpolitik bestehe, ob es sich nun um Deutschland, Italien, Spanien oder China handle.

Außenminister Briand erinnerte alsdann an die Bedingungen, unter denen die Regierung die Annäherungspolitik mit Deutschland durch den Abschluß der Abkommen von Locarno eingeleitet habe. Zwischenfälle wie die, die sich in der besetzten Zone ereignet hätten, so bedauerlich sie seien, dürften Frankreich nicht hindern, sein hervorragendes Friedenswert fortzusetzen. Die Regierung wolle die Richtung ihrer auswärtigen Politik nicht unterbrechen und werde entschlossen daran festhalten mit der sehr festen Hoffnung, daß ihr ein entsprechender Wille Deutschlands ihre Aufgabe erleichtern werde. Dem Pressefeldzug, der den Außenminister so hingestellt hätte, als habe er im Prinzip die vorzeitige Räumung des Rheinlandes ohne Gegenleistung angenommen, bezeichnete Briand als abscheulich. In dieser Hinsicht habe er sich vollkommen freie Hand bemahrt. Sedenfalls besitze

Deutschland auf Grund des Vertrages das Recht, die Frage der vorzeitigen Räumung zu stellen.

wenn es seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationen und der Sicherheit nachkommen sei. An dem Tage, an dem Deutschland einen derartigen Antrag stellen werde, werde er vom Ministerrat geprüft werden. Dieser habe darüber zu entscheiden, ob die Garantien genügen, die sowohl hinsichtlich der Reparationen wie der Sicherheit als Gegenleistung für die vorzeitige Aufgabe des Besetzungsbereichs, das Frankreich aus dem Versailler Vertrag herleitete, angeboten wurden. Es werde also die ganze Regierung mit dem Problem besetzt werden und eine Entscheidung zu treffen haben. Auf keinen Fall würden der Ministerrat und das Parlament vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Auf eine Frage wegen der Rheinlandräumung erklärte Briand, daß die Frage in der Tat in Betracht ausgeworfen worden sei, daß aber weder damals noch seitdem irgendeine Verpflichtung eingegangen worden sei.

An den Deutschen sei es, Vorschläge zu machen, da sie die Forderungen seien.

Aber bisher sei kein derartiger Vorschlag ihm offiziell zugegangen. Was die Enthüllungen der Interalliierten Kontrollkommission über die Festungen an der deutschen Ostgrenze anbetreffe, so lägen diese Festungsanlagen vor der Politik von Locarno und röherten aus der Zeit der Ruhrbesetzung her. Seitdem sei durch die Annäherungspolitik eine Entspannung eingetreten, und dies habe der Kontrollkommission ermöglicht, methodischer bei ihren Untersuchungen vorzugehen, die früher auf Schwierigkeiten gestoßen seien. Richtsdestoweniger bleibe bestehen, daß das Investitionssystem, das unter der Regide des Völkerbundes geschaffen werden würde, durch seinen ständigen Charakter mehr Garantien bieten werde.

Der elsässische Abgeordnete Ferry bemerkte, daß die Politik von Locarno die deutsche Propaganda nicht verhindert habe, in Elsaß und Lothringen sich auszuwirken.

Briand antwortete, diese Politik sei nicht unwirksam gewesen, da ja durch die feierliche Anerkennung Deutschlands betreffend die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich und durch die Garantie Englands die Sicherheit der wiedergewonnenen Provinzen sehr erhöht worden sei.

Kellogg wieder gegen das Schiedsgericht.

Er wartet die Senatsdebatte ab.

Washington, 20. Januar. (WZ.) Das Staatsdepartement betont, daß trotz der von Staatssekretär Kellogg gestern ausgesprochenen grundsätzlichen Billigung einer schiedsgerichtlichen Behandlung der „amerikanisch-mexikanischen Streitfrage“ keinerlei Schritt in dieser Richtung erfolgt sei. Kellogg sei durchaus bereit, die Ansicht des Senates über die schiedsgerichtliche Behandlung der Angelegenheit entgegenzunehmen, er könne sich jedoch nicht auf die Annahme eines Schiedsvorschlages festlegen, falls Mexiko einen solchen machen sollte.

Die Landgesetze in Kraft. — Schiedsgericht über die Ausführungsbestimmungen.

New York, 20. Januar. (WZ.) Heute tritt das riesenkämpfte mexikanische Gesetz in Kraft, durch das die Ausländer der direkte Besitz von Land innerhalb einer 50-Kilometer-Zone längs der Küste und einer 100-Kilometer-Zone längs der Grenzen verboten wird.

undung des wirtschaftlichen Lebens sei unbedingt erforderlich der Abbau der „sozialen Lasten“ und eine allgemeine Herabsetzung der Löhne.

Und diese Grundzüge der Slowaken sind es, die sie, abgesehen davon, daß natürlich die deutschen Merkantilisten erwünschte Verbündete im Kampfe für die Wiederaufrichtung der kirchlichen Macht in der „hussitischen“ Republik sehen, — diese arbeiterfeindlichen, wirtschaftlich-reaktionären Pläne der Slowaken sind es, die sie den deutschbürgerlichen Regierungsparteien zu willkommenen Bundesgenossen machen. Was gilt noch das Interesse der Nation, was gelten noch die vielgepriesenen „nationalen Belange“, wenn das internationale Bürgerturnen heißt, seine dauernde Klassenherrschaft über die Arbeiter aufzurichten zu können!

Triumphierend verkündet die „Prager Presse“, das Blatt jeder jeweiligen tschechoslowakischen Regierung der Eintritt der Slowaken ins Kabinett bedeute einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt im Interesse des Gesamtstaates, weil nunmehr alle Völker der tschechoslowakischen Republik ihre Vertreter im Regierungslager besitzen. Aber es ist nur die Bourgeoisie aller Völker, die sich im Regierungslager zusammengefunden hat, es sind die Ausbeuter aller Nationen, die sich darüber verständigt haben, die nationalen Streitfragen, die ja für sie nur den Wert der Verbeugung der Arbeiter haben, auf sich beruhen zu lassen und gemeinsam die Arbeiter zu entrechteten. Nicht ein Zeuanis der inneren Befriedung des Staates ist die Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien aller Nationen, sondern nur Ausdruck der Konsolidierung des Kapitalismus. Der kapitalistische Staat ist gefestigt. Aber das ist kein Sieg des Friedens, sondern Beginn einer Verschärfung der inneren Kämpfe.

Verflechtung der Olympia-Wiking-Sache.

Durch den Niedersächsischen Staatsgerichtshof.

Am 25. Januar sollte der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig über die Beschwerde gegen das Verbot der rechtsradikalen Organisationen Olympia und Wiking durch das Preussische Ministerium des Innern verhandeln und beschließen. Diesen Termin zur mündlichen Verhandlung hat der Staatsgerichtshof auf den 17. März dieses Jahres vertagt, und zwar mit der Begründung, daß das Preussische Ministerium des Innern die Heranziehung der Akten gegen den Kapitän a. D. Ehrhardt wegen Hochverrats, Meineids und Anstiftung zum Meineid beantragt habe.

Die Sache liegt in Wirklichkeit so: Schon im November vorigen Jahres hat das Preussische Innenministerium den Staatsgerichtshof darauf hingewiesen, daß Kapitän Ehrhardt ungläubwürdig sei, weil er wegen Hochverrats, Meineids und Anstiftung zum Meineid angeklagt und schwer belastet war. Wenn auch die Verurteilung Ehrhardts durch die Amnestie verhindert wurde, so bleiben natürlich diese schweren Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit eines Mannes bestehen, der von Olympia und Wiking als Entlastungszeuge ins Feld geführt wird. Man mühte natürlich annehmen, daß ein derartiger Hinweis des Preussischen Innenministers den Staatsgerichtshof ohnehin veranlassen müßte, diese Akten für die mündliche Verhandlung bereitzustellen, damit auf sie beim Eintreten einer solchen Notwendigkeit in der Verhandlung Bezug genommen werden könne. Zur Sicherheit aber, daß diese Akten wirklich vorhanden seien, hatte der preussische Innenminister ihre Heranziehung noch besonders beantragt. Technische Schwierigkeiten bestehen um so weniger, als diese Akten ja selbst bei diesem Staatsgerichtshof liegen, vor dem der Prozeß gegen Ehrhardt gekommen wäre. Trotzdem hat man diese Vertagung um sieben Wochen vorgenommen, weil der Referent so lange brauche, um diese Akten zu studieren. Diese Begründung ist um so weniger glaubhaft, als der Staatsgerichtshof und sein Referent mit der Sache Ehrhardt

ausgiebig befaßt gewesen sind, aber bei einigem Nachdenken kann man sich diese lange Vertagung schon leichter erklären:

Im Juli dieses Jahres läuft nämlich das Gesetz zum Schutz der Republik ab, das die Handhabe zu einem Verbot von Putschistenorganisationen gibt. Man braucht nur die Verhandlung, wenn sie endlich am 17. März stattfindet, aus irgendwelchen Gründen wieder ausgiebig zu vertagen und dieses Spiel nötigenfalls noch einmal fortzusetzen — dann ist das Schutzgesetz abgelaufen, und Olympia und Wiking können ungehindert wieder auf der Bildfläche erscheinen. Von dem Hochverräter, Meineidigen und Meineidsanstifter Ehrhardt aber wird in einem solchen Fall das alte Kirchenlied gesungen werden können: „Scht, er kommt mit Ruhm gekrönt.“

Vorkäufig aber sind Olympia und Wiking in Preußen noch verboten. In Waldeck dagegen, das unter preussischer Verwaltung steht, und dessen Landesdirektor von Preußen befehligt und instruiert wird, hat er — Schmieding ist kein Name — Olympia und Wiking erlaubt. Bis jetzt ist nichts bekannt geworden, wie sich das Preussische Staatsministerium dazu stellt, daß das preussisch verwaltete Waldeck offenbar nicht nach Berliner, sondern nach Braunschweiger, Thüringer oder Münchener Regierungsgrundrissen regiert wird.

Meyer, Brandler & Co.

Neues aus dem kommunistischen Disziplinargericht.

Das Zentralkomitee der KPD. veröffentlicht in seinem Organ eine lange Darstellung über die innere Lage der kommunistischen Partei. Daraus geht hervor, daß der Landtagsabgeordnete Ernst Meyer, nachdem er sich lässlich unterworfen hat, wieder in Gnaden aufgenommen worden ist. Er darf wieder in der „Führung“ der Partei mitraten und Funktionär spielen, was ihm bisher versagt war.

Dagegen geht es den beiden ganz Großen, Brandler und Thalheimer, noch immer herzlich schlecht. Sie haben es abgelehnt, „ihre falsche Auffassung zu widerrufen“. Deshalb hat das Zentralkomitee beschlossen, ihre Mitarbeit innerhalb der deutschen Partei gegenwärtig auf die literarische Mitarbeit zu beschränken. Das heißt, sie dürfen unter Aufsicht und Zensur des Zentralkomitees den echten Kommunismus predigen, sie sind aber von jeder sonstigen Mitwirkung im politischen Leben der KPD. ausgeschlossen. Denn, so heißt es in dem Schriftstück:

Keine Konzessionen an diese Gruppierungen und Schwankungen, aber auch keine Konzessionen an die politische Fehler und die falsche, bisher nicht widerrufen, theoretische und politische Auffassung der Genossen Brandler und Thalheimer und ihrer Anhänger, sondern energischer Kampf gegen jeden Versuch, diese Auffassungen in der Partei erneut lebendig zu machen.

Daraus ergibt sich die immerhin neue Sachlage, daß Brandler und Thalheimer zwar schreiben dürfen, aber nicht ihre eigene Meinung, sondern die ihnen von dem gegenwärtigen Führerkonzern vorgeschriebene. Man wird ihrer „literarischen Mitarbeit“ also mit einigen Erwartungen entgegensehen dürfen.

Der Kampf um den Artikel 48 — Reichswehrexekution — Wahlreform. Im Rahmen einer Veranstaltung über diese drei Themen wird vor der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes am Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, Ministerialdirektor Dr. Falk über den Kampf um den Artikel 48 sprechen. An der Diskussion werden sich Redner aus allen republikanischen Parteien beteiligen. In der Veranstaltung, die im Saal des Demokratischen Club, Viktorialstraße 24, stattfindet, können Einladungsarten von der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Berlin-Schierfeld-West, Hortensienstraße 40, bezogen werden.

Der Konflikt zwischen Peru und Chile um das Gebiet von Tacna-Arica schien durch den Schiedspruch Amerikas (Abstreitung an Bolivien) beigelegt, da beide Parteien damit einverstanden schienen. Sehr erklärt aber Peru, daß es den Vorschlag ablehne!

Der frühere Staatsbankpräsident sagt aus. Vernehmung im Barmatprozeß.

Die heutige Verhandlung im Barmatprozeß brachte die Vernehmung des früheren Staatsbankpräsidenten von Dombos über die Barmatkredite. Dieser alte Beamte berief sich auf die Empfehlungen, die Barmat von dem früheren Reichsfinanzminister Bauer vorgelegt habe, sowie darauf, daß der frühere Finanzminister Lüdemann die Zusammenkunft zwischen ihm und Barmat vermittelt habe, erklärte aber selbst, er habe den Empfehlungen keinen besonderen Wert beigemessen. Die Staatsbank hätte Kredit ja nur gegen feste Deckung gegeben. Ueber sein Vermögen hat Barmat bei dem ersten Besuch mit dem früheren Staatsbankpräsidenten nicht gesprochen. Nachdem der erste Kredit an Barmat gegeben worden sei — diese Summe war für die Rohstoffversorgung der Deutschen Margarinefabriken A.G. bestimmt gewesen — habe sich der Staatsbankpräsident um die Barmatkredite überhaupt nicht mehr gekümmert. Auch über die spätere Kürzung der Kredite mußte er als Leiter der Staatsbank nichts auszusagen! Die Höhe der gewährten Kredite hing von der Deckung des Schuldners und von dem Geldvorrat der Staatsbank ab. Eine obere Grenze für die Kredite, die man Barmat geben konnte, vermochte von Dombos nicht zu nennen.

Bors.: War Ihnen aber bekannt, daß die Kredite von 10000 Rentenmark vom November 1923 bis 1. März 1924 auf 6 bzw. 5,1 Millionen angefallen waren? Zeuge: Das Annehmen der Kredite hat Dr. Hellwig nach meiner Erinnerung nicht vorgelesen. Bors.: Wurde er das eigentlich? Zeuge: Besondere Bestimmungen gab es darüber nicht. Das richtet sich nach der Güte des Schuldners. Das Geld drängte doch nach Unterbringung.

Dr. Hellwig ist sicherlich von der Güte der Amerigma überzeugt gewesen.

sonst wäre er selbst nicht übergetreten. In der Inflation galten doch Leute, die die verschiedensten Unternehmen ohne einen organischen Zusammenhang zusammenkauften, als besonders geschäftstüchtig. Diese Ansicht hatte man auch in der Deflation.

In den weiteren Befragungen gab Erzelenz v. Dombos noch an, daß Julius Barmat ihm vorgeschlagen habe, daß ein Beamter der Staatsbank in den Aufsichtsrat der Barmatischen Konzerngesellschaften eintreten sollte. Er, der Zeuge, habe das aber abgelehnt, um eine Interessentkollision zu vermeiden. Julius Barmat stellte dies so dar, daß er gewünscht habe, einen Beamten der Staatsbank zur Kontrolle in seine Unternehmen zu dirigieren. Eine bestimmte Person und Gesellschaft sei gar nicht genannt worden. Eingehend erörtert wurden dann die Zinsbedingungen und die Frage, ob eine Einwertungsklausel für Rentenmarktkredite genommen werden mußte. Erzelenz v. Dombos erklärte hierzu, daß die Vereinbarung von Einwertungsklauseln dem Kreditnehmer überlassen worden sei. Bei Krediten ohne Einwertungsklausel sei aber ein höherer Zinsfuß angenommen worden. Dr. Hellwig betonte indessen, daß ihm diese Unterscheidung nicht bekannt gewesen sei. Auf Befragen von R. A. Dr. Juliusberger gab Erzelenz v. Dombos an, es sei sehr leicht möglich gewesen, daß man das Geld, um es schnell unterzubringen, auch ohne Einwertungsklausel, wie im Falle Barmat, gegeben habe. Prof. Veitner wies aber darauf hin, daß man zu derselben Zeit Banken, also festen Kunden, die Kredite gekündigt habe, als die ganze Wirtschaft infolge der großen Kreditnot verlaßt sei.

Zustuzat Böwenstein: Glauben Erzelenz, daß Dr. Hellwig sich pflichtwidrige Handlungen hat zuschulden kommen lassen? Zeuge: Das ist eigentlich ein Urteil. Ich bin aber sicher, daß Dr. Hellwig von der Güte der Amerigma überzeugt gewesen ist und das ganze Unternehmen als gut fundiert angesehen hat.

R. A. Juliusberger: Erzelenz, erinnern Sie sich noch an die Verfügung der Generaldirektion vom 20. Dezember 1923, nach der Kredite über 300 Rentenmark nicht ohne Einwilligung der Generaldirektion abgegeben werden durften? Zeuge: Dieser Verfügung entsinne ich mich nicht mehr. Bors.: Sie trägt doch aber Ihre Unterschrift. Zeuge: Ich entsinne mich aber nicht mehr genau daran.

Erzelenz v. Dombos betonte dann auf weiteres Befragen der Verteidigung, daß ihm auch nicht die Kredite von Michael bekannt gewesen seien, Michael habe ihm nur als Großabnehmer von Schwerten und Anleihen gegolten. Eine längere Erörterung knüpfte sich dann an die Frage, ob Konzernaktien als volle Deckung angesehen werden durften oder nicht. Darüber bestanden in der Staatsbank verschiedene Meinungen.

Das verwunschene Telephon.

Von Wilhelm Koch.

Frau Baldreich stürzt zur Türe des Bureau ihres Gemahls herein, furchtbar aufgeregt rast sie durch das Zimmer und spricht mit gehobener Stimme: „Ist das eine Wirtschaft in der Städtischen Badeanstalt, da hätte man nötig, sich einen halben Tag hinzusetzen, bis man dran kommt. Die Geschichte bin ich keld und heute noch sorgst du dafür, daß mir ein Badezimmer mit Badesofen eingebaut wird. In der Badeanstalt kann unter dieser Leitung nichts gedeihen!“

„Was ist denn wieder los, mein Schatz, rege dich doch nicht so sehr auf, das schadet doch deiner Gesundheit, und, weißt du, von Kerger wird man ja häßlich, und das magst du wohl auch nicht!“ erwiderte der Mann.

„Ja, weißt du auch, wie die Leitung beschaffen ist in der Badeanstalt?“

„Ich habe schon wiederholt festgestellt müssen, daß man die bestellten Bäder einfach nicht fertig gemacht hat, wenn man kommt. Da muß mal eine geharnischte Beschwerde an die Stadtverwaltung gerichtet werden, und die Stadtväter und Stadtmütter müssen eine Interpellation einbringen und dafür sorgen, daß der Badebetrieb geändert wird!“

„Hallo! Bitte 6238, hören Sie, Fräulein, zwoundsechzigacht-unddreißig!“

„Gegen Sie mal, ich möchte gerne ein Fichtennadelbad verabreicht haben. Kann ich das in einer halben Stunde haben?“

„Ich habe nichts dagegen, aber Sie müssen die Fichten und die Nadeln mitbringen, eine Badewanne ist zur Stelle!“

„Was ist das für eine Frechheit, die sich der Badeontel da herausnimmt? Und dazu noch den Hörer einhängen? Da hört denn doch alles bei auf! Dem werde ich aber mal per Gelegenheit die Meinung gründlich zeigen, das kann er sich merken. Will doch einmal sehen, ob der Kerl jetzt wieder den Hörer einhängt und ihm alles gleichgültig ist.“

„Hallo, geben Sie mir doch noch einmal 6238, Fräulein, Jawohl.“

„Wir waren wohl getrennt worden? Hier ist Fräulein Oberstolz. Haben Sie meine Bestellung auf ein Fichtennadelbad notiert?“

„Ah, mein Fräulein, sind Sie denn noch immer nicht gebadet?“

„Hören Sie mal, solche Frechheiten — — Was, wieder abgehängt. Das sind die Früchte der Revolution! Die Arbeiter tanzen einem jetzt auf der Nase herum! Aber, es kommt noch einmal anders!“

„Ist dort das Amt? — Bitte 6238, Fräulein. Wer ist das? Ich kann wieder nichts verstehen. Hören Sie, Hallo, ist mein

Mann da? Der möchte ein römisch-irrisches Bad nehmen! Vielleicht sagen Sie ihm, er würde dringend zu Hause verlangen und möchte einmal anrufen!“ — — —

„Ach, Fräulein, geben Sie mir doch bitte noch einmal 6238.“

„Ist dort die Badeanstalt? Entschuldig mit dem Getöse, kein Wort zu verstehen. Hier ist Frau Liebmann. Ich bitte meinem Mann, der dort ein Bad nimmt, mitzutellen, daß er gleich zu Hause anrufen soll.“

„Was geht mich das von Donnerwetter an, ob Ihr Mann ein Bad nimmt! Soll ich ihm vielleicht noch behilflich sein? Ich lasse mich noch zu Hausnechtsdiensten herab, weiß Gott, den alten Herrn ans Telephon zu rufen!“ — — —

„So ein frecher Mensch ist mir denn lange nicht mehr vorgekommen. Da werde ich ihm mal einheizen müssen. Das kann ja geschehen, wart nur, Freundschen!“

Im Bürgerverein der Stadt Bämmerhausen ist eine gut besuchte Versammlung bald zu Ende. Der Vorsitzende freut sich seines Amtes und fragt wohlgefällig, ob noch jemand etwas vorzubringen habe.

Da meldet sich Herr Liebmann zu Worte und sagt: „Ich habe eine Beschwerde gegen die Badeanstalt vorzubringen. Dauernd werden Klagen laut, daß die Badegäste bei telephonischen Bestellungen einfach verhöhnt werden!“ „Sehr richtig, auch mir ist das schon wiederholt passiert, daß die bestellten Bäder nicht notiert worden sind, weshalb man nachher stundenlang warten muß!“ ruft Frau Baldreich.

„Sehen Sie, meine Damen und Herren, wie gut es ist, daß wir uns im Bürgerverein zusammengeschlossen haben; auch hier ist wieder Gelegenheit, der Stadtverwaltung die Augen zu öffnen. Ich werde morgen bei unserem Herrn Bürgermeister dieserhalb vorstellen, um Ramebur zu schaffen. Ich werde mal sehen, ob mir für die Badeanstalten oder die Badeanstalten für uns sind.“

„Fräulein, bitte die Aufsicht!“ „Hier ist das Aufsichtsam!“

„Hier ist Käsehandlung Schweiger. Ich habe kürzlich ein Telephon angelegt und festgestellt, daß ich eine Nummer bekommen habe, die früher die Badeanstalt hatte. Ich kann es wirklich nicht mehr länger ertragen, wie ich tagtäglich belästigt werde. Befolgen Sie mir entweder eine andere Nummer oder sorgen Sie dafür, daß die Stadtverwaltung auf alle Fälle die Veränderung auffällig bekanntmacht, damit ich endlich meine Ruhe bekomme!“

Eine tolle kleine Fälschung unternimmt der politisch-ästhetische Koffhube („Leques“) der „Deutschen Tageszeitung“ in Nr. 31. Er unterstellt die Anschauungen, die Jodol in seiner ironischen Glosse „Der Tanzpalaß“ aus dem Augenwinkel der „besigenden türkischen Kreise“ entwickelt, der Sozialdemokratie und tut so, als ob die Sozialdemokratie in der Türkei herrsche und nun ihre Genugtuung über die Entweihung der „Hagia Sophia“ durch die Jazz-Musik

empfinde. Umgekehrt, Sinnverdreher! Jodol verhöhnt diese Religionsverächter, denen nur noch das Geschick heilig ist. Wir fordern die „Deutsche Tageszeitung“ auf, statt der willkürlichen Zusammenstellung ihrer Auszüge den ganzen Artikel zu bringen, dann wird selbst ihren Lesern klar werden, daß hier ein in seinem Gefühl beleidigter spricht, der die Bejagung der schönsten Kirche der Welt als ein Ateat empfindet.

Die Ungläubigkeit, die neue Sachlichkeit, das Brimborium — das sind alles nicht Erfindungen oder Bosheiten der Sozialdemokratie, sondern Produkte der kapitalistischen Gesellschaft, deren Geist sich deutlich genug darin abspiegelt. Der „Vorwärts“ wünscht sie nicht, sondern er konstatiert sie nur, wie er auch nur konstatiert, daß ein Häßlicher keine Worte verdreht hat. Er ist für die Verhöhnung der Religion durch die Türken und deren Ungeißt, der in allen Ländern heimisch ist, genau so verantwortlich wie für die Fälschungen der „Deutschen Tageszeitung“, die nicht nur den Sinn, sondern auch das Jital ihren Zwecken der Verleumdung anpaßt. Wir schreiben: „da lassen sie lieber gleich die Jazz-Kapelle aufspielen“, aus dem „sie“ wird in der „Deutschen Tageszeitung“ „wir“ und damit sind die Sozialdemokraten gemeint. Und das, o heiliger Hammerstein, nennt sich „Verteidiger der Religion“!

Eine große China-Kunstausstellung Berlin 1928. Der Gesamtverband der Gesellschaft für ostasiatische Kunst hat beschlossen, im Jahre 1928 eine umfassende Ausstellung chinesischer Kunst zu veranstalten. In den letzten Jahren haben mehrfach Ausstellungen ostasiatischer Kunst stattgefunden, aber diese beschränkten sich in der Hauptsache auf ein Sondergebiet, Keramik, Bronzeplastik oder dergleichen. Die vor einem Jahre gegründete und in rascher Entwicklung begriffene „Gesellschaft“ will dagegen das Gesamtgebiet der chinesischen Kunst in ausserlesenen Stücken darstellen. Neben den Gemälden und der Plastik wird daher auch die Kleinkunst gezeigt werden, die so lange vor der großen Kunst Ostasiens in Deutschland gesammelt und daher bei uns besonders gut vertreten ist, als des Porzellan, dann die Lackkunst, die Jadekunst u. s. w. Der großartige Plan, für den die Gesellschaft ihre internationalen Beziehungen und die Kameradschaft ihrer Leiter einsetzen wird, wird die erste betrieblige chinesische Kunstausstellung Deutschlands sein.

Vollstübne. Ein Sonnabend, 8 Uhr, hält Prof. Herm. Sandius seinen zweiten Vortrag über „Moderne Kunst und Kunstbetrieblung“ im Kunstgewerbemuseum, König-Albrecht-Str. 7a. Sonntag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, legt Julius Bab im Bürgerklub des Rathauses seine Vortragreihe über das Thema „Poetik und Theater“ fort.

Theaterchronik. Im Theater am Schiffbauerdamm erlebt „Das Grabmal des unbekanntem Soldaten“ von Reginald an Sonnabend die 150. Aufführung. — Sonnabend findet im Thalia Theater die 60. Aufführung des Bühnenstückes „Der große und der kleine Klaus“ von Gustaf af Geijerstam statt.

Der Tonkünstlerverein „Die Kompositionen“ veranstaltet heute abend 7,9 im Altesheim, Danksier Str. 62, einen Lichtbildvortrag: „Som Winter, dem harten Mann“, Regitationen und Solokonzert. Eintritt 30 Pf.

Die „Junge Szene“ veranstaltet am 27. abends 8 Uhr, im Grotian-Gleichweg-Saal, Bellevuestr. 13, einen Rezitationsabend zugunsten des kranken, leidenden Dichters Jakob Garinger. Karten an der Abendkasse.

Pieck's Erklärung.

Zunkers und Troz zu geben. Nur noch die Stettiner Transporte abgeleugnet.

Aus der Erklärung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Pieck, über die bereits in unserem heutigen Morgenblatt kurz berichtet wird, seien die wesentlichen Stellen noch ausführlich nachgetragen. Pieck erklärte:

Die Tatsache, daß das Reichswehrministerium die in Moskau errichtete Flugzeugfabrik der Junkers-Werke finanziell unterstützte und daß zur Uebermittlung dieser Gelder in Deutschland die bestehenden Privatbanken und die in Rußland bestehenden Staatsbanken benutzt wurden, ist allgemein bekannt. Auch die in der sozialdemokratischen Presse sensationell ausgemachten sogenannten Enthüllungen über die Existenz einer chemischen Fabrik zeigen nur den Versuch sozialdemokratischer Führer auf, mit großer Wichtigkeit davon abzulenken, daß sie im Anschluß an die Veröffentlichung des Junkers-Vertrages die unrichtige Behauptung aufstellten, daß Sowjetrußland Gragnaten an die deutsche Reichswehr geliefert habe. Für diese Behauptung hat weder der Abgeordnete Kuttner noch einer der sozialdemokratischen Führer auch nur den geringsten Beweis erbracht. Ich bleibe dabei, daß diese Behauptung unwahr ist und daß auch der von dem Abgeordneten Kuttner verlesene Brief nur ein nachträglich hergestelltes Nachwort eines Dokumentenfälschers ist. Daß die sozialdemokratischen Führer wider besseres Wissen Behauptungen zur Unterstützung ihres Täuschungsmanövers gegenüber Sowjetrußland aufstellten, ist auch daraus zu ersehen, daß sie einen ihnen zugegangenen Polizeibericht dahin umschrieben, daß ich in einer Sitzung des Politbureaus des ZK. der KPD. zugegeben haben soll, daß Waffen und Munition von Rußland an die deutsche Reichswehr geliefert sein sollen. Wie ist dieser Polizeibericht genau bekannt, der mir zwar Behauptungen in den Mund legt, die ich nie getan habe, der aber als Stelle, an der ich diese Behauptungen gemacht haben soll, nicht das Politbureau des ZK. der KPD., sondern eine größere Funktionärssitzung der Berliner Organisation angibt.

Die Kommunisten, die ursprünglich alles abzuleugnen versuchten, sehen sich also unter dem Druck der Beweise genötigt zu geben, daß in Rußland arbeitende Industriebetriebe für die Ausrüstung der deutschen Reichswehr benutzt worden sind. Nur die Transporte von Munition nach Stettin versuchen sie noch zu leugnen. Sie werden sehr bald auch von ihnen erklären, daß das längst bekannte und keines Aufhebens werthe Tatsachen seien, die nur von der bösen Sozialdemokratie zu einer „Hege gegen Sowjetrußland“ benutzt würden. Demgegenüber genügt es, zu wiederholen, daß es uns gar nicht um eine Hege gegen Sowjetrußland zu tun ist, sondern nur darum, den deutschen Arbeitern die Augen zu öffnen. Während Moskau den deutschen Arbeitern die „Weltrevolution“ predigt, unterhielt es die angenehmsten Beziehungen zur deutschen Reichswehr, die von monarchistischen Offizieren geführt wird und die dazu bestimmt ist, Aufstände niederzuschlagen.

Interessant ist die Behauptung Pieck's, daß es einen „Polizeibericht“ über eine Sitzung des „Politbureaus“ der KPD. gebe und daß er diesen Bericht kenne. Wäre sie richtig, so würde sie auf recht eigenartige Zustände im „Politbureau“ schließen lassen.

Eine Sowjetgranaten-Versammlung.

Unter der Ueberschrift „Des Verrats überführt. Die Wahrheit über die Sowjetgranaten“ berichtet die „Komm. Arbeiterzeitung“ über eine überfüllte Massenversammlung der „Einschliedenen Linken“ in den Pharusälen das folgende:

Die Diskussion brachte dann auch die nötige Aufklärung. Die Aufgabe, die KPD. Zentrale zu verteidigen, übernahm nun ein gewisser Begler, Redakteur der „Roten Fahne“. Seine Taktik bestand darin, eine Wald- und Wiesenszene zu halten und auf die Dokumente des Referenten erst gar nicht einzugehen. Aber gerade diese Tatsache brachte den schlüssigen Beweis, daß die Zentrale der KPD. die Bemassung der Reichswehr durch den „Arbeiterstaat“ nicht abstreiten kann, was ungeheuer ernüchternd wirkte, denn die Versammlung erwartete mit Spannung, was wohl die KPD.-Zentrale zu sagen habe. Ein Genosse der KPD., der bis dato jede Opposition bekämpfte, nagelte diese Bestätigung fest und erklärte, daß ihn der Vertreter der Zentrale überzeugt habe, daß die KPD. für das revolutionäre Proletariat verloren und er dieser Partei keine Stunde länger angehören könnte. — Trotzdem von vornherein angekündigt war, diese Versammlung mit allen Mitteln zu verhindern (durch die Kommando des KPD.), tobte nur ein hässliches am Ende des Saals mit der Absicht, die in Bereitschaft stehende Schupo zum Einschreiten zu veranlassen, um so die Tatsache, daß die Versammlung unter dem Schutz der Schupo lagte, in der bekannten demagogischen Weise auszuschließen. Sie wurden in großem Bogen aus der Versammlung geworfen, und als darauf prompt die Schupo erschien, brach der Referent sein Schlusswort ab, und der Versammlungsleiter schloß die Versammlung, deren Verlauf durch das Referat und die Diskussion, in der auch die Genossen der KPD. sprachen, für jeden anwesenden Proletarier Arbeit erachtete. Natürlich wird die „Rote Fahne“ auch diese Versammlung trübselig, aber — gerade dadurch wird sie den in dieser Versammlung anwesenden Arbeitern erneut bestätigen, daß ihre „Politik“ nur noch darin besteht, im Trüben zu fischen.

Danach hätten die „Roten Frontkämpfer“ bei ihrer Absicht, die Versammlung zu sprengen, auf die Hilfe der Polizei spekuliert. Reite Zustände! Reite Zustände!

Gesler und der Reinhardt-Brief.

Wie man aus dem Briefwechsel Gesler-Koch weiß, war der berühmte gewordene Artikel des Generals Reinhardt ein „Bericht“ an den Reichswehrminister, wie er von allen Reichswehrgenerälen über die Frage des Rannschaffersatzes eingeholt worden war. Aus diesem Anlaß war die Vermutung aufgetaucht, daß die Reichswehrgeneräle periodisch zur Erstattung berartiger Berichte aufgefordert würden. Das Reichswehrministerium erklärt nun, daß dies nicht der Fall sei. Seine Berichterstattung sei wegen der Angriffe auf das Erschweren veranlaßt worden. Ueber politische Fragen hätten die Generäle sonst nichts zu berichten, sondern nur über militärtechnische Fragen, wenn sich solche ergäben.

Der Herr Gesler die Anregung gegeben hat, die Veröffentlichung des Reinhardt'schen Berichtes als nützlich zu bezeichnen, ist dem Ministerium angeblich nicht bekannt. Was den Reinhardt'schen Bericht selbst anbelangt, so wird zugegeben, daß er sich nicht auf die Darstellung des Erschwerens, seiner jetzigen Gestalt und ihrer Vor- und Nachteile beschränkt hat, sondern darüber hinausgegangen ist. Aber weil er als Gruppenkommandeur „über den Dingen“ stehe, habe er auch weitgehende Ausführungen gemacht!

Das sind die beim Reichswehrministerium üblichen Ausreden, die jedoch ihre Wirkung völlig verfehlen müssen.

Der Ankauf von Düppel-Dreilinden.

Neue Beschlüsse des Magistrats.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung in der Angelegenheit des Ankaufs von Düppel-Dreilinden folgendem Beschluß des Magistrats ebenfalls zugestimmt. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Wirtschaftspartei und Zentrum.

In Sachen Ankauf des Gutes Düppel und des Jagdschlosses Dreilinden beschließt der Magistrat folgendes:

1. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß von dem Jagdschloß Dreilinden bis zu 5 Hektar (das heißt ungefähr die Hälfte des fraglichen Komplexes) zu 1,45 M. pro Quadratmeter angekauft und die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem hiesigen Vertreter der Prinzen sofort eingeleitet werden.
2. Die Verhandlungen mit dem Pächter Bernau sollen nicht weiter fortgesetzt werden; dagegen soll der Gutshof selbst in Größe von circa 3,75 Hektar und die von demselben ursprünglich für Herrn Bernau abgezeichnete Fläche von circa 11,7 Hektar, zusammen circa 17,75 Hektar, von der Stadt zum Preise

von 1,45 Mark pro Quadratmeter unter Uebernahme des laufenden Pachtvertrages des Herrn Bernau hinzuerworben werden, so daß damit der ganze Besitz im vorderen Teile des Fideikommisses an die Stadt übergeht.

3. Die eingegangenen Offerten Deutscher Hypothekensbank zur Beleihung des Gesamtbestandes durch eine Amortisationshypothek bis zur Höhe von 11 Millionen Mark werden abgelehnt. Der Kaufpreis soll aus Anleihemitteln beschafft und zunächst vorschußweise verausgabt werden.

4. Sämtliche drei Grundstückskomplexe (Fideikommiss, Alod und Kolonie Dreilinden) sollen von der Stadt direkt erworben werden, so daß die Konstitution über die Kolonie Dreilinden G. m. b. H. vollständig in Wegfall kommt.

Zu Punkt 3 wurde ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Zusatzantrag, daß die aufzunehmende Anleihe vor ihrem Abschluß der Finanzdeputation unterbreitet werde, ebenfalls angenommen.

Neuer Mieterprotest.

Der Mieterschutzverein des Groß-Berliner Westens hatte die Mieterschaft am Mittwochabend nach dem „Mitternachts-Garten“ in Bismarcksdorf gerufen, um gegen die Abbauperordnung des Ministers Hirtfelder sowie darüber hinaus gegen die unverblühte Generalatäcke des spekulativen Hausbesitzes, gegen Mieterrecht und Mieterschutz, Protest zu erheben. Die Versammlung, die einen erregten Verlauf nahm, war überfüllt. Der Redner des Abends, Rechtsanwalt Dr. Goepfel, ging auf die einzelnen Details der Abbauperordnung ein, beleuchtete ihre erschreckenden Gefahren für die gesamte Mieterschaft und wandte sich vor allen Dingen dagegen, daß man nicht den mindesten Schutz gegen die schrankenlose Willkür der Hausbesitzeregoisten geschaffen habe. Der Hausbesitz deutet die Abbauperordnung des Wohlfahrtsministers so, daß weder Friedensmiete noch vereinbarte Miete den Grundmesser für den neuen Mietfuß ab 1. April abzugeben haben, sondern, wie man es so nennt, eine „angemessene heutige Normalmiete“. Was unter dieser dehnbaren Formel zu verstehen ist, mag jeder Mieter sich selbst ausdenken. Auch der sogenannte Schutz durch längere Kündigungsfrist, mit dem die Befürworter des Vertrags haufieren gehen, kommt für mindestens 65 Prozent aller Mietverträge nicht in Frage. Die Schlichtungsstellen, die man einzurichten will, sind eine Farce. Ist es nicht eine Komödie, daß diese Schlichtungsstellen ohne die einzig kompetenten, die Mieter, angeblich partiatische Schiedsprüche fällen sollen? Als der Vortragende feststellte, daß am Mittwoch die Vertreter der deutschen nationalen Fraktion im Ausschuss die Aufhebungsanträge der Sozialdemokratie niedergestimmt haben, gerät die Versammlung in große Erregung. In minutenlangem wilden Zurufen protestierten die Anwesenden gegen diese schmachvolle Haltung der Rechtsparlamente. Dem Zentrum waren nach Dr. Goepfels Feststellung überhaupt keine Zusicherungen zu dieser hochwichtigen Frage zu erhalten. Während der Abg. Falz in der „Clau“-Versammlung am verfloffenen Sonntag sich für Aufhebung der Verordnung eingesetzt hat, desavouierten ihn die Ausschussvertreter der volksparteilichen Fraktion, indem sie die Zusicherungen ihres Fraktionskollegen als unmöglich erklären und für die Hausagrardiktatur stimmen. Die Demokraten, die nach einer Vertiefung im Ausschuss gegen die Aufhebung gestimmt haben sollen, erklären dies für einen Irrtum. Der Ausschussvertreter Hoff wird darüber Erklärungen abgeben. Die Abgeordneten der Sozialdemokratie haben, entsprechend ihrer konsequenten Haltung, die sie in der Mieterfrage immer eingenommen haben, gegen die Verordnung und für den Schutz der Mieter gestimmt. (Stürmische Bravorufe.) Am 25. oder 26. Januar wird in dieser für die gesamte Mieterschaft entscheidenden Frage im Plenum verhandelt werden. Sorgen Sie dafür, daß die Parteien, die Sie gewählt haben, nicht die Interessen der deutschen Mieter mit Füßen treten. Die restlose Aufhebung der Verordnung ist unser unabänderliches Ziel. Kompromisse in dieser Frage gibt es nicht. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem der Abgeordnete Hoff (Demokrat) den Standpunkt seiner Fraktion formuliert und gegen die Hirtfelder-Verordnung gesprochen hatte, ludte der Abgeordnete Rosenburger vom Zentrum die Haltung seiner Fraktion und den Minister Hirtfelder zu verteidigen. Nachdem Knüppel-Kunze seinen Sermon zugegeben und sich, dem Willen der Versammlung entsprechend, auf Mieterschutz präpariert hatte, setzte eine endlose Diskussion ein, die bis tief in die Nachtstunden währte.

Das letzte Spiel.

Ein Gast von der Wirtin fahrlässig erschossen.

Ein tragischer Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Mittwochabend in der Schankwirtschaft von Treptow in der Frankenstr. 12 zu Schöneberg.

Hier spielten sich der 40 Jahre alte Kohlenhändler Johann Trümper aus der Köpffhäuser Str. 2 und zwei andere Gäste, ein Chauffeur und ein Schneidermeister, eine Bage Bier aus. Während sie beim Trudeln saßen, kam Frau Treptow an den Tisch heran und sagte, sie müsse für eine Weile weggehen und ihren Mann suchen. Die Frau war sehr mißgestimmt und hatte, wie die drei Gäste beobachteten, ein Pistole bei sich. Nach etwa 1 Stunde kam sie zurück, rief: „Ich habe ihn gefunden!“ und warf die Pistole auf den Tisch, an dem die drei Gäste saßen. In dem Augenblick ging ein Schuß los, und die Kugel traf Trümper ins Herz. Er sank hintenüber vom Stuhl und war sofort tot. Ein Arzt konnte nicht mehr helfen. Frau Treptow erlitt, als sie sah, was sie angerichtet hatte, einen Herzensschmerz; sie sank ohnmächtig zusammen und mußte nach der Charité gebracht werden. Wie die Ermittlungen der Kriminalinspektion Schöneberg ergaben, hatte sie ihren Mann in einem Lokal in der Holzstraße mit einer anderen Frau zusammen getroffen und ihm eine Szene gemacht. Unter Bedrohung mit der Pistole hatte sie ihn aufgefordert, jetzt nach Hause zu kommen und war dann ausgeartet wieder weggegangen. Die Leiche des Erschossenen wurde beschlagnahmt und nach der Halle des Städtischen Friedhofes an der Eglstraße gebracht.

Die Ursachen des Garzer Brückeneinsturzes.

Ueber die Ursachen des Brückeneinsturzes in Garz a. d. Oder wird jetzt von der bauausführenden Firma, der Allgemeinen Bau- u. G. Berlin durch W.B. eine Mitteilung überliefert, in der es u. a. heißt: Der Einsturz ist einzig und allein auf eine Zerlegung des Betons im unteren, im tiefen Wasser liegenden Teil des zerstörten Stützpieters zurückzuführen. Dieser Zerlegung des Betons wurde, wie die von verschiedenen Sachverständigen vorgenommenen Untersuchungen ergeben haben, veranlaßt durch eine zufällige chemische Veränderung des Baugrunds und wassers, die ihre Ursachen in den katastrophalen Hochwässern des vergangenen Jahres hatte. Wie stark diese Veränderung gewesen sein muß, geht beispielsweise daraus hervor, daß in dem Baujahre zum ersten Male im Oderlauf als Folge der außergewöhnlichen Hochwässer ein allgemeines Fischsterben einsetzte, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, zur Untersuchung

der Verhältnisse einen besonderen Sachverständigen in das betroffene Gebiet zu entsenden. Die von diesem Sachverständigen gemachten Feststellungen decken sich mit den Ergebnissen der Untersuchungen der Ursache des Brückeneinsturzes.

Mode und Sport.

Im Rahmen der vom Reichsoberband der Deutschen Modeindustrie stattfindenden Modevorträge sprach gestern Arthur Jacoby im Reichswirtschaftsrat über das Thema „Mode und Sport“. In gleichem Maße, wie die Sportbeteiligung und das Sportinteresse in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, ist naturgemäß das Kapitel Mode eine aktuelle Frage geworden. In England, dem Stamm- und Heimatland aller Sportinteressen, mißt man noch wie vor der Sportleidenschaft die wenigste Interesse bei, denn der Engländer betreibt jeden Sport ganz ernsthaft, sogar gesteigert bis zu einem gewissen Fanatismus, da der Sport mit zu den wenigen Liebhabezeiten gehört, über die dieser fühle Volk verfügt. Der Sport ist in England eine Lebensgewohnheit, konnte dort niemals eine oberflächliche Modefrage werden. In Frankreich dagegen gibt es — wenigstens für die Frau — nur eine „pariellhafte Kleidung“. Das Zweitmäßige ist für sie das Unwichtigste, und ein Sport, der eine unorthodoxe Kostümierung vorschreibt, den macht die Französin — Ausnahmen zugestanden — nicht mit. Hier sind also Mode und Sport untrennbar verbunden. Auch in Deutschland macht sich der Hang zur Bevorzugung der kleidamen Sporttracht bei der Frau stark bemerkbar. Der sporttreibenden Männlichkeit machte der Vortragende im allgemeinen den Vorwurf nachlässiger, unorthodoxer Kostümierung und berichtigte von Reitern in Homböckern, Seglern mit Siebströgen, schwarzen Binden und Hosensträgern. Der goldene Mittelweg ist auch hier der einzig richtige, man soll weder einen Modeforen, noch eine tonische Figur abgeben. Der Redner erzählte zum Schluß, wie die geschäftstüchtigen Engländer, dem immer stärker werdenden Sportinteresse Rechnung tragend, die Sportartikel- und Bekleidungsindustrie zu größtmöglicher Vollkommenheit ausgebaut hätten. Die großen Sportgeschäfte haben dort eingerichtete Sportplätze mit geschultem Lehrpersonal, auch das Verkaufspersonal ist genauestens über jede Neuerung orientiert, während deutsche Sportsleute gezwungen wären, viele Sportartikel aus dem Ausland zu beziehen, da die Geschäfte hier dem starken Aufschwung dieser Industrie sich noch nicht gewachsen zeigen.

Der Stand der Grippe.

Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Zahl der Grippekranken in den städtischen Krankenhäusern hat seit dem 19. d. M. um 50 zugenommen, während nach der Mitteilung der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Vergleich zu gestern die Krankmeldung um 162 zurückgegangen sind. Nach dem Charakter der Erkrankung und nach allgemeinen Erfahrungen liegt zur Schließung von Schulen, wie hier und da in der Öffentlichkeit angeregt worden ist, ein Anlaß nicht vor. Die Schließung der Schulen wegen Grippe hat sich in anderen Ländern übrigens durchaus nicht bewährt.

Der gefährliche Gasofen.

Heute früh gegen 1/6 Uhr wurde die 23jährige Hochbahn-angestellte E. Baehr aus der Augsburger Straße 23 in der mit Gas angefüllten Fahrkartenausgabe auf der Untergrundbahnstation Bagerischer Platz leblos aufgefunden. Die Feuerwehr nahm Wiederbelebungsvorläufe vor und brachte Frau Baehr in das Schöneberger Krankenhaus, wo sie bedenklich daniederliegt. Nach dem Befund liegt zweifellos ein Unglücksfall vor. In dem Fahrkartenausgabeschalter befindet sich ein Gasofen, der nur sehr schwach brannte. An einer defekten Stelle entwichen wahrscheinlich Gase, die den Unglücksfall verursachten.

Im Tiergarten beraubt.

Ein Kaiser Franz E. aus der Kaiser-Friedrich-Straße zu Charlottenburg hatte in einem Lokal in der Kochstraße über den Durst getrunken und ging gegen 1 Uhr nachts über den Kemper Platz nach dem Großen Stern zu. Da vertrat ihn zwei Männer den Weg und forderten ihn mit vorgehaltener Pistole auf, sein Geld herauszugeben. In seiner Angebetenheit unfähig, sich zu wehren, gab E. heraus, was er hatte, etwa 15 M., und suchte dann den nächsten Schupobeamten auf, um ihm sein Geld zu klagen. Die Räuber waren unterdessen mit der Beute verschwunden und nicht mehr zu finden.

Tribüneneinsturz im Zirkus Sarrafani.

57 Personen leicht verletzt.

Stuttgart, 20. Januar. Gestern Abend gegen 7 Uhr kurz vor einer Galavorstellung des Zirkus Sarrafani in der Stadthalle ein als Tribüne aufgebautes Gerüst infolge der starken Belastung ein. Hierbei wurden, wie bisher festgestellt, 15 bis 20 Personen verletzt. Die Vorstellung wurde sofort abgeblasen. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Zu dem Unglück wird noch von der Stuttgarter Polizeidirektion mitgeteilt, daß es sich um eine mit 442 Personen vollbesetzte Tribüne handelt, die sich von einem halben Meter Höhe bis zu 4 1/2 Meter nach oben erstreckt. Durch den Druck der Belastung wurde die Tribüne nach vorn geschoben. Die darauf befindlichen Personen wurden teils zwischen den Stühlen, teils zwischen den Brettern eingeklemmt. Die Zahl der Verletzten beträgt 57. Es handelt sich vorwiegend um leichte Hautabschürfungen und Quetschungen. 22 Personen wurden in Krankenhäusern eingeliefert. Die übrigen konnten sich sofort nach Hause begeben. Die schwersten bei dem Unfall vorgetretenen Verletzungen sind ein Beinbruch und ein Rippenbruch. Zurzeit sollen sich noch fünf Personen in den Krankenhäusern befinden.

Ein Siebzehnjähriger wegen Doppelmordes zum Tode verurteilt. Das Liller Schwurgericht verurteilte einen siebzehnjährigen Arbeiter, der innerhalb eines Vierteljahres zwei Morde verübt hatte, zum Tode.

Immer langsam voran!

In der Arbeitsbeschaffung.

Ein besonders trübes Kapitel im Arbeitsbeschaffungsprogramm ist, wie die amtlichen Feststellungen ergeben haben, der Landarbeiter-Wohnungsbau. Obgleich tausend Gründe — Erfolge der ausländischen Landarbeiter durch deutsche Arbeiter, Beseitigung des Wohnungsterrors der Großgrundbesitzer, Förderung der Umsiedlung zur Entlastung des industriellen Arbeitsmarktes usw. — für rasche und energische Vermehrung der Landarbeiterwohnungen sprechen, geht es doch immer im bisherigen unerträglichen Schnecken-tempo weiter.

Bis jetzt arbeiten nur etwa 20 Millionen der vom Reich und den Ländern bereitgestellten Mittel effektiv im Landarbeiter-Wohnungsbau. Zur Beseitigung des Wohnungselends der Landarbeiter auf den Domänen, wo die Dinge besonders im argen liegen, hat Preußen 2 1/2 Millionen bereitgestellt, wovon bereits ein Teil abgerufen ist. Vom Preussischen Landtag ist jetzt aus dem Gesamtfonds ein weiterer Betrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Die Vorlage hierzu war schon Anfangs Dezember dem Preussischen Landtag zugegangen. Angesichts der vorgeschrittenen Jahreszeit hielt man die Bereitstellung eines Betrages von 10 Millionen für ausreichend. Bei dem verhältnismäßig milden Winter und bei der großen Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern hätte jedoch der Landarbeiter-Wohnungsbau weit intensiver gefördert werden können, vor allem hätte auf den Großgrundbesitz ein scharfer Druck ausgeübt werden müssen, damit dieser sich endlich dazu bequemt, etwas mehr für die Errichtung von Werkwohnungen zu tun.

Der Großgrundbesitz glaubt trotz des bereits begonnenen Abbaues des Ausländerkontingents nicht, daß mit diesem Abbau weiterhin ernst gemacht wird. Das ist der Grund, warum die landwirtschaftlichen Unternehmer, die in erster Linie Ausländer beschäftigt, zum Bau von Werkwohnungen bis jetzt nur verhältnismäßig wenig von den bereitgestellten Mitteln in Anspruch genommen haben. Die Großgrundbesitzer hoffen, daß eine Rechtsregierung im Reich beim Abbau des Ausländerkontingents kräftig bremsen werde.

Für kostspielige An- und Umbauten in den Gutshäusern und Schlössern haben die Herrschaften Geld, aber nicht für Landarbeiterwohnungen. So haben im Bezirk Erfurt die Unternehmer keine, in den Bezirken Magdeburg und Merseburg nur ganze 24 Werkwohnungen gebaut, während annähernd 123 Landarbeiter-Eigenheime geschaffen worden sind. Das frühere Verhältnis von Werkwohnung zum Eigenheim, nämlich 100 : 3, wurde im Neubau umgekehrt: auf eine Werkwohnung entfallen zwei Eigenheime. Eine gewiß erfreuliche Erscheinung, aber deshalb noch lange kein Grund, es nun den Großgrundbesitzern einfach zu überlassen, ob sie zu ihrem Teil zur Vinderung des Landarbeiter-Wohnungselends auch etwas tun wollen oder nicht.

Die Reichsbahn auf Abbruch.

Verhandlungen mit den Gewerkschaften?

Die B.S.-Korrespondenz meldet:

Die technische Vervollständigung der Werkstättenanlagen der Reichsbahn sowie die Tatsache, daß einzelne nicht rentierende (?) Anlagen geschlossen werden müssen (?), hat es mit sich gebracht, daß in nächster Zeit ein Teil der Eisenbahnarbeiter zur Entlassung kommen muß. Die Reichsbahn hat die ihr unterstellten Direktoren aufgefordert, einen Bericht darüber einzurichten, wie groß die Zahl der nicht mehr erforderlichen Kräfte ist. Bei dem Abbau soll nach Möglichkeit mit großer Schonung vorgegangen werden, und die alten Arbeiter, die zum Teil 10 Jahre und länger im Eisenbahndienst stehen, werden von dem Abbau nicht berührt werden. Da einzelne Betriebe ganz stillgelegt werden, sollen die verheirateten Arbeiter, die dort zur Entlassung kommen, nach Möglichkeit in andere Städte verlegt werden, wo sie weiter beschäftigt werden können.

Wie wir erfahren, sind von den Eisenbahndirektionen Meldungen eingereicht worden, daß etwa 3400 Arbeiter nach der Umstellung entbehrlich werden können. Die Gewerkschaften haben gegen den geplanten Abbau bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn Einspruch erhoben und ihn damit begründet, daß gegenwärtig in den Werkstätten eine neunundzwanzigstündige Arbeitszeit herrsche. Bei achtstündiger Arbeit könnte ein großer Teil der zur Entlassung vorgesehenen weiterbeschäftigt werden. Die Reichsbahn hat die Gewerkschaften deshalb zu Besprechungen geladen, um Härten bei Durchführung der geplanten Maßnahmen möglichst zu vermeiden.

Diese Meldung eilt den Tatsachen etwas voraus. Bis heute mittag ist den Gewerkschaften eine Ladung zu Verhandlungen noch nicht zugegangen. So eilig hat es die Hauptverwaltung der Reichsbahn nicht. Die Sorgen der vor dem Abbau stehenden Eisenbahner sind nicht die Sorgen der Hauptverwaltung.

Die KPD. gegen die Gewerkschaften.

Der Sturmtrupp im Verband der Sattler.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeulter hat heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung. In dieser Versammlung wird der Geschäftsbericht gegeben werden und sind die Wahlen zur Geschäftsleitung vorzunehmen.

Der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeulter war bisher der Kommunist Müller, der sich redlich Mühe gab, die gehäuserten Parolen der KPD. in Einklang zu bringen mit den Aufgaben, die einem Bevollmächtigten einer Gewerkschaftsorganisation obliegen. Er scheint da-

bei nicht immer ganz nach der Peise von Moskau gelangt zu haben. Die „rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf an die kommunistischen Mitglieder des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeulter, in dem diese aufgefordert werden, vollzählig in der Versammlung zu erscheinen und „mit der Ortsverwaltung abzurechnen“.

Wir haben am Beispiel der kommunistischen Funktionäre im Deutschen Bergarbeiterverband in Mitteldeutschland sowie am dem der Berliner Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher, die ganz in kommunistischen Händen ist, bereits aufgezeigt, daß die kommunistischen Funktionäre der Gewerkschaften unweigerlich in Gegensatz zur KPD. geraten, wenn sie es mit ihren gewerkschaftlichen Pflichten ernst nehmen und ihre Funktion nicht ausschließlich als Hilfsstelle für die KPD. betrachten.

Auch im Verband der Sattler scheint die KPD. nunmehr einen Sturm auf ihr Mitglied, den ersten Bevollmächtigten des Verbandes, zu organisieren. Das kann ja ganz amüsant werden! Es wird jedenfalls gut sein, wenn die Anhänger der Sozialdemokratie, die für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften eintreten, heute abend im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeulter auf dem Posten sind. Die Gewerkschaftsorganisation ist kein Terrain für kommunistische Manöver!

Schwarzarbeit prominenter Schauspieler.

Aus Artistenkreisen wird uns geschrieben: Während auf der einen Seite Tausende von Artisten hungern und darben und den Versuch machen, durch Notstandsvertretungen wenigstens ein paar Pfennige zu verdienen, werden ihnen auf der anderen Seite die Prostituierten am Kabarett und Varieté verstopft, dadurch, daß Schauspieler, welche sich den löhnen Benamen „Prominente“ zulegen, dort auftreten. Es wäre kein Wort darüber zu sprechen, wenn es sich um minderbezahlte und gleichfalls um ihre Existenz ringende Schauspieler handeln würde, welche am Kabarett hin und wieder Beschäftigung finden, aber um diese handelt es sich nicht. Leute wie Max Habbert, Wilhelm Bendow, Paul Morgan, Max Hanen und viele andere mehr, welche in Revuen, Schauspielen, Operetten und dergleichen ausreichend beschäftigt und mit hohen Gagen entlohnt werden, scheuen sich nicht, den Kernjäten der Armen ihren Verdienst wegzunehmen, indem sie nach ihrer gutbezahlten Tätigkeit am Theater noch am Kabarett auftreten.

Die Internationale Artisten-Lige hat geglaubt, die Lücke im Gesetz auszufüllen durch ihren Tarifvertrag von 1924, in welchem Schwarzarbeit am Varieté und Kabarett verboten ist. Da ein Verbot ohne Strafanordnung ein Nonens gewesen wäre, war im § 4 des Tarifvertrages verfügt, daß das Varietétribunalgericht befugt ist, Zuwiderhandlungen mit einer Strafe bis zu 500 Mark zu belegen. Das Kammergericht hat nun entschieden, daß ein Schiedsgericht zur Verhängung von Bußen und Strafen nicht berechtigt ist. Damit ist das Kabarett als Tummelplatz der prominenten, gutbezahlten Schauspieler wieder frei geworden.

Es ist bedauerlich, daß die Solidarität unter den Künstlern so mangelhaft ist, daß man erst nach der Gefährdung schreien muß; aber Tatsache ist jedenfalls, daß die gutbezahlten Schauspieler, unbekümmert um die Not ihrer Kollegen rückwärts die Blöße einnehmen, die ihnen die mangelnde Gefährdung läßt. Der weitaus überwiegende Teil des Publikums besteht aus Arbeitnehmern; von den Arbeitgebern allein kam das Varieté und das Kabarett nicht existieren. Vom Publikum aus mühte daher eine Entrüstungswelle diese Schwarzarbeiter von dem Podium und von der Varieté Bühne hinwegzujagen. Der Angestellte sollte mit den Angestellten, der Arbeitnehmer mit dem Arbeitnehmer fühlen. Ist eine Solidarität unter den Künstlern nicht zu erzielen, so sollte wenigstens die Solidarität der Arbeitnehmer einsetzen, um die maßgebenden Körperschaften darauf aufmerksam zu machen, daß es so nicht weiter geht, daß sie Gesetze erlassen müssen, zum Schutze der schwer um ihre Existenz ringenden, gegen Schwarzarbeiter, welche in ihrem eigentlichen Beruf schon auskömmlich beschäftigt werden.

Die Eisen- und Revolverdreher.

Eine „revolutionäre“ Branche.

Am Sonntag wurde in den Musterräten unter schwacher Beteiligung die im November verlegte Branchenversammlung der Eisen- und Revolverdreher fortgesetzt. In der vorigen Versammlung wurde die Diskussion über das Referat des Bevollmächtigten Genossen Jiska, „Die Rationalisierung in der Metallindustrie“ ausschließlich von den Kommunisten bestritten. Man hatte die Versammlung hauptsächlich deswegen verlegt, um — was selbst von den Kommunisten ausdrücklich betont worden war — den Branchenangehörigen der Amsterdamer Richtung Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zu diesem umstrittenen Problem darzulegen. Nachdem am Sonntag ein Genosse in der Diskussion gesprochen hatte, wurde von der „Opposition“ ein Schlußantrag eingebracht, der bei der kommunistischen Mehrheit prompt angenommen wurde.

Als die Diskussion auf diese sehr kommunistische Art abgewirrt und die Richtigkommunisten mundtot gemacht worden waren, verlas der Versammlungsleiter einen Antrag der „Opposition“, in dem die Ortsverwaltung beauftragt werden sollte, eine Konferenz der Vertrauensmänner der DWRB-Betriebe einzuberufen, die die Kündigung des Rahmenvertrages für die Berliner Metallindustrie zum 31. März beschließen solle. Ueber diesen Antrag entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, denn nach der Geschäftsordnung ist es nicht zulässig, über einen Antrag entscheiden zu lassen, auf den in der Diskussion nicht eingegangen werden konnte. Der kommunistische Versammlungsleiter mußte schließlich erklären, daß der Antrag nicht mehr zulässig sei. Genosse Jiska hielt in seinem Schlußwort den Kommunisten einmal einen Spiegel zur Selbstbetrachtung vor.

Die Gewerkschaften würden die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung viel wirksamer bekämpfen können, wenn ihnen die Kommunisten nicht unausgesetzt Steine in den Weg rollten und durch ihre demagogische Hege einen Teil

der Arbeiter von den Gewerkschaften fernhalten würden. Wie soll man jemand zum Eintritt in die Organisation bewegen können, von der man behauptet, daß sie „täglich Verrat“ an der Arbeiterklasse übe. Alle diejenigen Metallarbeiter, die nicht zur KPD. gehören und auch nicht mit ihr sympathisieren, haben stets versucht, die vorhandenen politischen Gegenstände zu überbrücken im Interesse der gesamten Metallarbeiterklasse selbst, was ihnen mit Fuhrtritten gedankt worden ist. Dieses Verhalten und auch der bisherige Verlauf dieser Versammlung veranlassen ihn zu der Erklärung:

„Enderle und seine Gefinnungsfreunde haben in der Diskussion die Fragen der gewerkschaftlichen Taktik sowie die Probleme der allgemeinen Organisationsdenk fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der parteipolitischen Ideologie der KPD. beurteilt. Dadurch sind die Kollegen, die nicht Mitglieder dieser Partei sind, sondern der SPD. angehören, gezwungen, die allgemeine wirtschaftliche Situation und vornehmlich deren Auswirkung auf die gewerkschaftliche Tendenz und Tätigkeit unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen Auffassung der SPD. zu bewerten.“

Die überwältigende Mehrheit der in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter steht in der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Probleme auf dem Standpunkt der SPD.

Die Art und die Methode, mit der Enderle und seine Gefinnungsfreunde in dieser Versammlung verfahren haben, die Bedingungen gewerkschaftlicher Lebens-, Kampf- und Organisationsnotwendigkeiten der kommunistischen Ideologie unterzuordnen, und die typisch sind für die grundsätzlichen Bestrebungen dieser Kollegen, zwingt die sozialdemokratischen Mitglieder zur Abwehr.

Die sozialdemokratischen Mitglieder werden infolgedessen alle ihr zur Verfügung stehenden statistischen Möglichkeiten und die Richtlinien und Beschlüsse der Verbandstage anwenden, um die Gewerkschaftsarbeit in dem Rahmen der von ihnen für richtig gehaltenen Ideologie zu halten.“

Es folgten dann zur Abwechslung wieder eine Reihe persönlicher Bemerkungen und schließlich die Abstimmung über die kommunistischen Anträge, deren einer vom DGB. verlangt, daß er seinen Rotgeheimturm zurückzieht, der angeblich die Möglichkeit der 10- bis 14-stündigen Arbeitszeit offenlasse, und daß er rückhaltlos für den kommunistischen Entwurf einträte. Da die KPD. Leute oben auf waren, erreichte sie die Annahme ihrer Anträge. Was viele dieser KPD.-Leute freilich nicht hindern wird, fleißig Nebenstunden zu schaffen.

Amerika und seine Wirtschaftspolitik.

Im Hörsaal der „Urania“ hielt am Mittwoch abend Prof. Dr.-Ing. W. Müller einen Vortrag über „Die amerikanischen Wirtschaftserfolge als Auswirkungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpolitik“. Ueber die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerpolitik in Amerika wird in einem zweiten Vortrag gesprochen werden.

Der Vortragende hat mehrere Monate in Amerika nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die soziale Lage der Arbeiterklasse und ihre Einstellung gegenüber den Unternehmern und der Gesamtwirtschaft studiert. Er beschränkte sich am ersten Vortragsabend auf eine mehr allgemeine Schilderung des technischen Standes der amerikanischen Industrie, des Anteils der amerikanischen Wirtschaft an der Weltproduktion, des Volkscharakters, der Stärke und Bedeutung der Gewerkschaften und Parteien und einiger anderer Dinge, die an sich nicht mehr unbekannt sind. Der Kernpunkt des Vortrages, vornehmlich das, was besonders die deutsche Arbeiterklasse interessiert, dürfte wohl erst am zweiten Vortragsabend, am Sonnabend abend, zu erfahren sein.

Das Leipziger Fremdenheim.

Die Kriegszeit mochte der Wanderschaft ein Ende und die Herbergen überflüssig. Im Jahre 1913 hatten in der Herberge des Leipziger Gewerkschaftshauses noch 14316 Fremde 34183mal übernachtet. In der Kriegszeit diente die Herberge als Lazarett. Nach dem Kriege hielt man vielfach das Wandern für überlebt und da die Räume der Gewerkschaften zunächst nicht große genug sein konnten, weil plötzlich alle Indifferenten zu ernsten hosten, wo sie niemals gefast hatten, wurden die Herbergen entweder stark eingekürzt oder vollends aufgehoben. Das Wandern ist zwar längst nicht mehr Zwang, aber auch keine freudvolle postverklärte Angelegenheit der Wandernenden mehr. Die wirtschaftliche Not der Arbeitslosigkeit treibt wieder viele Arbeiter auf die Landstraße. Darunter sind nicht wenige unserer Gewerkschaftsmitglieder, die wir nicht der „Heimat“ überlassen dürfen. Nachdem im November vorigen Jahres die Hamburger Gewerkschaften (Am Regelweg 10-14) ihre neue Heimstätte eröffnet haben, die allerdings mehr auf die in Arbeit stehenden zugereisten Arbeiter berechnet ist, haben jetzt die Leipziger Gewerkschaften im „Volkshaus“, Braustraße 17 ein neues Fremdenheim mit 50 Betten und Bad, Tagesräumen und Gasträumen fertiggestellt. Daß hierbei alle Anforderungen moderner Hygiene und Wohnlichkeit entsprechend wurde, ist selbstverständlich. Beabsichtigt ist, das gesamte Grundstück wieder als Fremdenheim zu benutzen, so daß dann 120 Personen Unterkunft finden können.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten K.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. E. G. Schulz; Kultur: Dr. John Schulz; Politik und Sonstiges: Fritz Kottsch; Angewandte: Th. Glöck; Journalik in Berlin. Verlag: Betriebsrat G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebsrat-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bei GRIPPE

Citrophen-Tabletten, Schachtel M. 1,35

in jeder Apotheke.

Bei Grippegefahr Formamint

Tabletten

Bleyle's

Strickkleidung für Herbst und Winter. Westen für Herren, Damen, Kinder. Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen. Sweater für Knaben und Mädchen. Faltenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer. Original-Listen-Preise. — Katalog gratis. August Berg, Uhlandstraße 167 Spezialgeschäft für Wollwaren.

Dina-Disad-su

Beachten Sie das morgige Inserat.

50 Pf. wochenlang raten ohne Anzahlung!

Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer-Bilder

kauft man direkt in der Kunstbilderrfabrik „Diamant“ Berlin NO 18, Elisabethstr. 27 (Am Alexanderplatz)

Schlafzimmer-Bilder schon v. 15 Pf. an * Auf Wunsch Vertreterbesuch

Konkurrenzlos!!!

Metallbetten mit Polsterauflagen	10,50 an
Sofa	20,-
Schlaf-Chaiselongues	24,-
Chaiselongue-Betten	7,-
Wandbänke	3,-
Patentmatratzen	9,-

Freisendung! Ratenzahlung!

Göhr, Berlin, Pappelallee 12 Pankow, Schmidstr. 1.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten (Stahl) ab 10 Pf. Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Sahl Thür.

Asthma

Bronchialkatarrh, Lungenkatarrh Keuchhusten, Grippe und deren Folgeerscheinung, sofortige Linderung u. baldige Dauerheilung im

Asthma-Ambulatorium

Berlin-Neukö 18, Borknerstr. 17, p. Nähe Kottbuser Damm

Schon nach wenigen Tagen ungestörte Nachtruhe, Medikamenten-Vernebelung n. neuem System. Geöffnet von 4-7 Uhr täglich. Streng indiv. fachärztl. Beratung. Aerztl. Sprecht. u. Neuaufnahme v. Patienten Dienstag, Donnerstag, Sonnabend v. 5-7. Mäßige Preise!

Beste Qualität ist billigster Einkauf

Aus eigener Kaffeebohnen stets frisch gerösteter Kaffee: Pfund 2,- 2.20 3.00 4.20 4.60 Rm. von feinem Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit. Echt Chin. u. Indischer Tee Pfund 4.80 6.00 8.00 8.50 Rm. Schokolade, Kakao, Kekse, Konfitüren, Backobst, Neze Hülsenfrüchte, Eier-Nudeln, ff. Auszugmehl

Feinstoffwaren, feine Liniere und Spiritosen Gut geputzte gealterte Weiß-, Rot- und Säuweine. Echte Braunschw. Thür. u. Westl. Wurst- u. Fleischwaren.

Butter- und Käse-Handlung

Rudolf Fink, Berlin NW 21

Yarnstr. 6

116-118 Krimmalergraben

All-Moatht 83 und Uhlandstraße 106.

Gemüse-Konserven und Früchte.

Achtung! Billiger Fleisch- und Wurstverkauf

billig und gut

40 Thierstraße 40